



Ortsverband Friedenau

**CDU**

Oktober 2012

**AKTUELL**

## CDU setzt sich für mehr Aufenthaltsqualität am Breslauer Platz ein



Am Wochenende zieht er unzählige Friedenauer zum Wochenmarkt an; während der Woche ist er nicht mehr als ein trostloser Fahrzeugabstellplatz: der Breslauer Platz im Herzen unseres Kiezes. Ein Platz zum Verweilen sieht anders aus. An guten Ideen zur Umgestaltung mangelt es nicht und der lange ersehnte Umbau ist beschlossene Sache. Doch mit dem Start zur Umgestaltung ist nicht vor dem zweiten Quartal 2013 zu rechnen. Dabei können die Genehmigungs- und Planungsarbeiten zur Umsetzung der Baumaßnahmen ab sofort beginnen. Grund genug, den Wünschen der Anwohner bereits jetzt zu folgen und endlich erste Schritte zu mehr Aufenthaltsqualität in Angriff zu nehmen. Die CDU-Fraktion hat daher – gemeinsam mit den Piraten – das Bezirksamt in einem Dringlichkeitsantrag aufgefordert, die Lauterstraße kurzfristig für den Durchgangsverkehr zu sperren und somit die Aufenthaltsqualität des Platzes auch ohne größere Baumaßnahmen zu verbessern. Die Genehmigungen der Verkehrslenkung Berlin liegen seit langem vor. Jetzt ist das Bezirksamt am Zug. Wir werden darauf drängen, dass diese sinnvolle Maßnahme so schnell wie möglich umgesetzt wird.

*Denis McGee, Bezirksverordneter der CDU-Friedenau und Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung*

## Aktiv im Kiez, auf Landesebene und in Europa

Auch wenn das Berliner Abgeordnetenhaus ein „Teilzeitparlament“ ist und offiziell Herbstferien waren: mein Terminkalender war randvoll, es gibt viel zu bewegen und das tue ich gerne!



In Friedenau konnte ich mithelfen, dass am Rheingau-Gymnasium nun wieder ausreichend Mathematiklehrer an Bord sind. Auf meine nachdrückliche Bitte hin, wurde das Genehmigungsverfahren beschleunigt. Seit neuestem beschäftigt die Eltern einiger Friedenauer Grundschulen die Frage der Fortführung des Angebots von Französisch als Erstsprache am Rheingau-Gymnasium. Frühes Fremdsprachenlernen halte ich in einem zusammenwachsenden Europa für sehr wichtig. Deshalb werde ich mich dafür einsetzen, dass die betroffenen Friedenauer Kinder eine Möglichkeit bekommen an einer nahegelegenen weiterführenden Schule bruchlos weiterlernen können.

Auf Landesebene diskutieren wir intensiv mit der SPD über mögliche Änderungen am bisherigen Übergangsverfahren von der Grundschule zum Gymnasium, das in den letzten beiden Jahren zu

einer viel zu hohen Anzahl an „Umsteigern“ geführt hat und viel Frustration bei den Schülern und großen Verwaltungsaufwand in den Bezirken erzeugt hat. Hauptkriterium für den Besuch eines Gymnasiums, das in sechs Jahren zum alleinigen Abschluss Abitur führt, muss die entsprechende Leistungsfähigkeit des Schülers sein. Auf Wunsch der Eltern und der Bezirke wollen wir außerdem der Geschwisterkomponente und der wohnortnahen Versorgung stärker Rechnung tragen. Unser Ehrgeiz ist, noch in diesem Jahr zu einer entsprechend abgeänderten Regelung zu kommen.

Last but not least, hatte ich als stellvertretendes Mitglied im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE), einem Gremium des Europarats, die Gelegenheit in Straßburg mit rund 300 anderen Delegierten über Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie zu beraten. Der Kongress arbeitet sehr konkret, indem er bspw. Beobachtermissionen zu Lokal- und Regionalwahlen unternimmt und der kurdischen Bürgermeisterin Leyla Güven, einem Kongressmitglied, das in der Türkei inhaftiert ist, demonstrativ einen Besuch abgestattet hat.

*Hildegard Bentele, MdB*

## **Funkzellenabfrage bleibt möglich**

Die Funkzellenabfrage ist einigen vielleicht auch deshalb ein Begriff, da immer wieder Straftaten mit ihrer Hilfe aufgedeckt werden können. In diesem Frühjahr lieferte etwa eine solche Abfrage den entscheidenden Hinweis auf den mutmaßlichen Täter, der eine Achtjährige an einer Grundschule in Gesundbrunnen sexuell missbraucht haben soll.



Die Abfrage ist eine verdeckte und unter Richtervorbehalt stehende Ermittlungsmaßnahme der Polizei zum Zweck der Strafverfolgung. Abgefragt werden dabei Telekommunikationsverbindungsdaten, die in einer bestimmten, räumlich bezeichneten Funkzelle in einem bestimmten Zeitraum anfallen. Ziel der Maßnahme ist, die Identität von Tatverdächtigen zu klären oder weitere Anhaltspunkte zur Aufklärung des Sachverhaltes zu erlangen.

Die Berliner Koalition von SPD und CDU hält trotz der Kritik an der Funkzellenabfrage durch Linkspartei, Grüne und Piraten an ihr als moderne Ermittlungsmethode zur Ergreifung von Straftätern fest und wird eine Bundesratsinitiative auf den Weg bringen. In dieser Initiative wird eine Gesetzesklarstellung in der Strafprozessordnung (für diese ist der Bundesgesetzgeber zuständig) vorgeschlagen, so dass der Anwendungsbereich der Abfrage auf schwere Straftaten beschränkt bleibt. Zudem sollen die Bürgerinnen und Bürger zukünftig in allgemein zugänglicher Form, zum Beispiel mittels einer Internetseite, über eine durchgeführte Maßnahme informiert werden. Auch die Diskussion bei der Funkzellenabfrage zeigt wieder: Die Regierungsbeteiligung der CDU in Berlin ist wichtig und die innere Sicherheit sowie die Rechts- und Justizpolitik sind bei der CDU und den Senatoren Henkel und Heilmann in guten Händen. Die Berliner Strafverfolgungsbehörden würden unter Beteiligung einer der jetzigen Oppositionsparteien Schwierigkeiten haben, weiterhin auch moderne Ermittlungsmethoden einzusetzen.

*Roman Simon, MdB*